

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327 Adressen: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Klingenhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Osttrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilkau, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: Walter Hiele.

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespartene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Abbestellen einzelner Nummern insofern höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 79

Bad Schandau, Donnerstag, den 3. April 1930

74. Jahrgang

## Der Spruch der Parteien

### Debatte über die Regierungserklärung

Verbede Karten.

Berlin, 2. April.

Aberraschend schnell gelang der erste Wurf dem jungen Zentrumspolitiker Brüning: er stellte das die Frau Müller absetzende Kabinett mit Schwung auf die Beine. Wird der neue Kanzler auch die zweite, den verheißungsvollen Anfang erst zur Auswirkung bringende Arbeit vollbringen, der von ihm geführten Regierung Anerkennung und Unterstützung der Reichstagsmehrheit sichern? Oder hat er nur in ein Danabenehmen geschöpft, müssen andere verfassungsmäßige oder außerordentliche Maßnahmen, entweder Neuwahlen oder die Übertragung der Befugnisse des die Omnipotenz des Reichstages ausschaltenden Ermächtigungsvorgangs an den Reichspräsidenten, der inneren Politik Haltung und festere Ziele geben? Das ist die Frage und bleibt auch heute nach ausgiebiger Aussprache die Frage, um die sich alles dreht. Denn eine Partei blieb bisher stumm, und gerade von ihrer Meinung hängt vorläufig alles ab. Das sind die Deutschen Nationalen, deren Vertreter schon seit heute früh in der Fraktion beraten, ohne bis zum Schluss des Reichstages am Nachmittag zu einem endgültigen Resultat gekommen zu sein.

Einer ihrer Exzellenzen, der frühere Reichsernährungsminister Scheele, hat zwar der Verwendung in das Kabinett für den gleichen Wirkungsbereich wieder entsprochen. Aber er kam als Einzelgänger, getragen vom allgemeinen Vertrauen der agrarischen Kreise, doch ohne direktes Placet der Fraktion. Aus ihr ist er mit der Amtübernahme ausgeschlossen, ohne sich freilich von den parteilichen allgemeinen Richtlinien zu trennen. Die den Deutschen Nationalen in mancher Beziehung nahestehenden Nationalsozialisten beileigten sich ebenfalls der Kunst des Schweigens, so daß noch zwei verbede Karten im Salon liegenblieben. Markiert ein anscheinlicher Teil dieser in Reserve stehenden Votallonen in die Front zugunsten Brünings ein, kann er das Feld behalten, sonst bleibt der Ausgang der Schlacht zweifelhaft.

Wreitscheid, einer der gewandtesten Redner der Sozialdemokratie, gab das Signal zum parlamentarischen Geleite. Er will vom Kurs Brüning nichts wissen, er redete fast wackerlich den Volksparteiern ins Gewissen, warf dem Zentrum ungeschminkt Verleugnung des sonst ostentativ betonten Willens zur sozialen Gerechtigkeit vor. Seine Gesinnungsgenossen würden die Schwelung zum deutschnationalen Lager nicht mitmachen. Fast drohenden Ton schlug Wreitscheid an, als er einbringlich vor dem Unterfragen, nach der Kunde des 48 zu tasten, warnte. Die Sozialdemokratie verfolge sich nicht einer erneuerten und erträglichen Koalitionsbildung. Zu Neuwahlen sei sie jederzeit bereit.

Die übrigen zum Wort kommenden Parteien beschränkten sich fast alle auf Erklärungen, die der Regierung Wohlwollen ausdrückten. So Effer für das Zentrum, der erste wichtige Wendung gegen Wreitscheid fand und sagte, niemals würde das Zentrum der Fürsorge für die arbeitenden Massen vergessen. Wie alle Parteien erkenne das Zentrum die im Paragraphen 48 schummernden Gefahrenpunkte durchaus. Scholz von der Volkspartei legte Hauptwert auf die Gesundung der Finanzen, die seinen Augenblick länger hinausgeschoben werden dürfe. Dann kamen noch andere Fraktionen, die zwar einzelne Bedenken vorbrachten, weitergehende Forderungen verjagten, aber kaum erhebliche Einwendungen gegen Brüning's Programm fanden. Der entscheidende Lichtstrahl blieb, wie vorher gesagt, aus und man vertagte sich deshalb nach Erschöpfung der Rednerliste auf Donnerstag.

### Sitzungsbericht.

OB. Berlin, 2. April.

(153. Sitzung.) Am Regierungstische befinden sich Reichskanzler Dr. Brüning und das Gesamtkabinett. Auf der Tagesordnung steht die

### Aussprache über die Regierungserklärung.

In Verbindung damit werden die Misstrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten behandelt.

Abg. Dr. Wreitscheid (Soz.) schließt sich für seine Fraktion dem Dank an den Reichskanzler Müller an und führt weiter aus: Reichskanzler Müller hatte sein Amt übernommen im vollen Bewußtsein des steinigen Weges, den er betrat. Die Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze bestanden vor allem zwischen den beiden großen Flügelparteien dieser Koalition, der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei. Trotzdem ist uns das fast eindreiviertel Jahr lang gelungen, bis schließlich das Kabinett Müller an dieser Frage scheiterte, in der die Klüft zwischen den beiden Flügelparteien unüberbrückbar geworden war. Die Regierungsjahre hat Opfer von uns gefordert. Ohne solche Opfer ist überhaupt keine Koalitionsregierung denkbar. Wir alle sind diesen Weg gegangen, weil wir das Staatschiff nicht Gefahren aussetzen wollten. Die große Koalition ist zu Ende. Die Sozialdemokratie wird immer bereit sein, die Mitverantwortung zu übernehmen. In der Sozialpolitik gibt es aber Grenzen, die wir nicht überschreiten können. Wir waren zur Finanzsanierung, zu neuen Steuern und auch zu Steuererhöhungen bereit. Man kann uns also unmöglich Mangel an Pflichtbewußtsein vorwerfen. Die schnelle Neubildung der Regierung war nur möglich, weil schon zu Lebzeiten des alten Kabinetts Vorbereitungen für das neue

durch Intrigen und auf Hinterzuppen getroffen wurden, wenn wir auch nicht glauben, daß Dr. Brüning daran beteiligt war. Der Verfassung ist bei der Regierungsbildung eine Auslegung gegeben worden, die nach unserer Auffassung ihrem Sinn und Wortlaut nicht entspricht. Man hat vom Kabinett der Frontkämpfergeneration gesprochen. Tatsächlich handelt es sich mehr um ein Kabinett der grünen Frontkämpfer.

(Weiterkeit und Zustimmung bei den Soz.) In wirklichem Preisschutz für die Landwirtschaft hat kein Kabinett so viel geleistet wie das Kabinett Müller. Die Reichsregierung kann nur die Arbeit des gestürzten Kabinetts fortsetzen oder die gesamte Wirtschaft einem Agitationsprogramm zuleben in eine unentzerrbare Krise stürzen. Die Durchführung des Landbundesprogramms würde die Reichsfinanzen vollends ruinieren. Dem neuen Kabinett gehören drei Minister an, die Gegner der Nationalisierung der Young-Gesetze sind. Minister Treviranus wird in kurzer Zeit die Halbierung der betroffenen Gebiete entgegenzunehmen haben, obwohl er alles getan hat, um die Verdrängung zu verhindern. Curtius hat gesagt, nur eine Regierung von Verrückten könne den Young-Plan zerreißen. Auch der heutige Minister Scheele gehörte zu den Unterzeichnern des Volksbegehrens. Der neue Minister Dr. Wreid hat deutlich im Reichstage gesagt, er verbitte es sich energisch, daß man das Volk mit Versprechen von Steuererhöhungen irreführe. Heute verteidigt er mit dem Steuererhöhungsprogramm. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind zweifellos nicht so gefährdet und gestört, daß eine Anwendung des Artikels 48 in Frage kommen kann. Wir fragen den Reichskanzler, ob er ebenso leicht geneigt sein würde, alle Wünsche zu erfüllen, wenn er statt der schwarzen Fahnen des Landbundes die roten Fahnen der Erwerbslosen sehen würde. Was Brüning beabsichtigt, ist glatter Verfassungsbruch.

Wir werden uns dagegen zur Wehr setzen. Was man hier tun will, ist der Anfang der Diktatur. Wir sprechen der Regierung das Misstrauen aus, wir scheuen die Neuwahl nicht.

### Zentrum und Volkspartei für die Regierung.

Abg. Effer (Ztr.) gibt eine Erklärung ab, in der er die in der Regierungserklärung enthaltenen Grundzüge billigt und die beabsichtigten Maßnahmen begrüßt. Seine Partei erwarte die Lösung in vollem

### Einverständnis mit dem Reichskanzler

auf dem Wege der parlamentarischen Gesetzgebung. Das Zentrum habe sich bis zum letzten Augenblick bemüht, die positive Zusammenarbeit in der großen Koalition zu erhalten. Es bedauere, daß die politische Bedeutung seines Ausgleichsvorschlages für die Arbeitslosenversicherung nicht allseitig und rechtzeitig erkannt worden ist. Der Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Wreitscheid. Der Inhalt seiner Rede sei kaum vereinbar mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie später wieder in die Koalition eintreten wolle. Die Vorwürfe gegen das Zentrum seien unberechtigt. Die Sozialdemokratie habe selbst die Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung abgelehnt und sich erst in allerletzter Stunde zu ihr zurückgefunden.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) begrüßt die Erklärung der Regierung, daß die Außenpolitik in den bisherigen bewährten Bahnen fortgeführt werden solle. Dies werde dadurch gewährleistet, daß ihre Führung in den gleichen Händen verbleibe.

### Für eilige Leser.

\* Das Reichskabinett wird sich am Donnerstagvormittag in einer besonderen Sitzung mit den staatsrechtlichen Fragen beschäftigen, die sich an die Auslegung des Artikels 48 knüpfen. Reichskanzler Dr. Brüning beabsichtigt, in der Fortsetzung der Aussprache am Donnerstag auf die Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Wreitscheid wegen seiner Pläne mit dem Artikel 48 zu antworten.

\* Der Führer der deutschen Abordnung für die deutsch-französischen Saarverhandlungen, Staatssekretär a. D. Dr. v. Simson, ist wieder in Paris eingetroffen. Es wird daraus geschlossen, daß die Verhandlungen nunmehr belebt werden sollen.

\* Das irische Parlament lehnte am Mittwoch den Antrag, de Valera zum Präsidenten zu wählen, mit 93 gegen 54 Stimmen ab.

\* Wie aus Wilna gemeldet wird, haben in der Gegend von Mokoloczno sowjetrussische Grenztruppen ihren Befehlsstellen den Gehorsam versagt. Eine Strafaktion der GPU wurde von den meuternden Soldaten mit Maschinengewehrfeuer empfangen und zurückgeworfen. Die meuternden Grenztruppen verließen darauf ihren Standort und flüchteten in die benachbarten Wälder.

\* Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Präsidium des Volksauswahlschusses der Sowjetunion beschlossen, den Bauern sämtliche rückständigen Steuern zu erlassen und eine Steuererhöhung für das neue Wirtschaftsjahr anzuordnen.

Die Deutsche Volkspartei billigt die Vorlegung eines umfassenden Sanierungsprogramms und das Bekenntnis zur rücksichtslosen Sparsamkeit, die auf allen Gebieten, auch bei der Arbeitslosenversicherung, angewandt werden müsse. Die Gesundung der Finanzen und der Wirtschaft werde das beste Fundament der Sozialgesetzgebung und ihrer Weiterentwicklung bilden müssen. Die Deutsche Volkspartei werde auch an allen Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft bereitwillig mitwirken. In der Fürsorge für den Osten setze sie eine der wichtigsten staatspolitischen Aufgaben.

Abg. Bied (Komm.) sagt der Regierung des Zollwuchers, wie er sich ausdrückt, schärfsten Kampf seiner Partei an. Man könne heute mit parlamentarischen Mitteln die Erregung der Massen nicht mehr bannen und bereite die Diktatur vor. Dieser kapitalistischen Diktatur sehen die Arbeitermassen die Diktatur des Proletariats entgegen.

### Vertrauen zum Reichspräsidenten.

Abg. Drenth (Wirtschaftspartei) verliest eine Erklärung folgenden Inhalts: Um in letzter Stunde die schweren Gefahren für Landwirtschaft und Mittelstand und damit für die Nation zu bannen, hat der Reichspräsident weitgehenden Einfluß auf die Bildung und Zielsetzung des neuen Kabinetts genommen. Neben dem Verantwortungsbewußtsein für Staat und Wirtschaft war es in erster Linie das Vertrauen zum Reichspräsidenten, das die Wirtschaftspartei veranlaßt hat, einen Minister für das Hindenburg-Kabinett zur Verfügung zu stellen. Wenn die Regierung zeigt, daß es ihr nicht Ernst um die Verwirklichung des Art. 164 der Reichsverfassung ist, kann sie auf eine Unterstützung der Wirtschaftspartei nicht rechnen. Wir können nicht verhehlen, daß einzelne Punkte der Regierungserklärung schwere Bedenken erregen. So ist es unvereinbar mit der vom Reichspräsidenten gegebenen Zielsetzung, wenn sich die Regierung das Finanzprogramm der früheren Regierung in allen Teilen zu eigen machen sollte. Wir werden unsere künftige Stellung zur Regierung davon abhängig machen, ob das Kabinett mit dem erforderlichen Ernst und Nachdruck an die Aufgabenstellung herangeht und die Deckungsvorlagen des Reichspräsidenten gegebenen Richtlinien voll anpaßt.

### Bedenken der Demokraten.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) gibt ebenfalls eine Erklärung ab. Die Einigung ist an den Sozialdemokraten gescheitert, die es abgelehnt haben, eine Reform der Arbeitslosenversicherung auch nur unter die Möglichkeiten einer künftigen Gesetzgebung aufzunehmen, obwohl sie sich keiner Täuschung darüber hingeben konnten, daß jede künftige Mehrheit gezwungen sein wird, Wege zu suchen, um die Reichsfinanzen vor der dauernden Gefahr zu befreien, die ihnen aus den organisatorischen Mängeln dieser sozialen Institution droht. Dem neuen Kabinett stehen wir mit Bedenken und Sorgen gegenüber. Wenn wir sie in diesem Augenblick zurückstellen, so geschieht es, weil nichts unverjüht bleiben darf zur Vermeidung einer Staatskrise. Die Demokraten werden deshalb der Aufnahme der Tätigkeit des neuen Kabinetts kein Hindernis in den Weg legen. Wir billigen grundsätzlich die in der Regierungserklärung angelegten Maßnahmen und werden auch an einer durchgreifenden Hilfe mitarbeiten. Darüber hinaus müssen wir aber fordern, daß die Regierung streng die verfassungsmäßigen Grenzen innehält. In der Innenpolitik wünschen wir einen geradlinigen republikanischen Kurs, der auch namentlich in der weiteren Behandlung des Konflikts mit Thüringen unzweideutig zum Ausdruck gelangen muß.

### Überwindung des Parteigeistes.

Abg. Hüffer gibt für die Volkspartei eine Erklärung ab, in der es begrüßt wird, daß der Reichskanzler eine koalitionsfähige Gebundenheit der neuen Regierung ausdrücklich abgelehnt habe. Der Weg zur inneren Einigung der Nation könne nur durch Überwindung des überwuchernden und zersetzenden Parteigeistes frei gemacht werden. Zur Finanzsanierung erklärt der Redner, daß sie zugleich den Erfordernissen einer von nationalem Gemeinschaftsbewußtsein und christlicher Nächstenliebe getragenen Sozialpolitik gerecht werden müsse. Der Wille, den außergewöhnlichen Not des Landvolkes mit außergewöhnlichen Mitteln entgegenzutreten, ist ein Tatbekenntnis zur Schicksalsverbundenheit aller deutschen Berufsstände. Die gleiche Hilfsbereitschaft dürfe aber anderen Berufsständen nicht vorenthalten werden.

### Die Bayerische Volkspartei.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.) stellt in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler fest, daß die Fraktionen in ihrer Stellung gegenüber der Regierung und ihren Vorlagen nicht gebunden sind. Mit der Regierung begrüßen wir die baldige Befreiung der Rheinpfalz. Wir erwarten auch, daß die Regierung mit aller Energie für den Schutz der deutschen Minderheiten und die allgemeine Abrüstung sich einsetzen wird. Wir geben in diesem Zusammenhang unserer tiefen Empörung Ausdruck über den blutigen Terror, mit dem in Rußland gegen religiöse Überzeugung vorgegangen wird. Bezüglich der Finanzsanierung erwarten wir, daß die Regierungsvorlagen im Reichstage eine Gestaltung erfahren, die dem Grundsatze der Gerechtigkeit in der Lastenverteilung Rechnung trägt. In der Förderung von Landwirtschaft und Mittelstand wird die Bayerische Volkspartei die Regierung nach jeder Richtung unterstützen.